



Inhaltsverzeichnis

Synodalwahl ist gültig

Nach kurzer Debatte und geheimer Abstimmung war alles klar: Auch im Wahlbezirk 2 wird nicht noch einmal gewählt.

Seite 2

Ein Präsident – zwei Stellvertreter

Horst Neugart, Gerhard Schubert und Rotraut Knodel leiten zukünftig die Plenardebatten.

Seite 4

Drei Leitungsgremien

Landeskirchenausschuss, Ständiger Ausschuss und Ältestenrat nehmen unterschiedliche Funktionen für die Landessynode und die Landeskirche wahr.

Seite 5

Sieben Geschäftsausschüsse

Ob Finanzen, Recht oder Theologie, ob Bildung, Ethik oder Mission – bevor ein Anliegen ins Plenum kommt, wird es in einem Ausschuss vorberaten.

Seite 6 bis 8

Ein Sonderausschuss

Für das Projekt „Wirtschaftliches Handeln in der Kirche“ hat die Synode einen Sonderausschuss gebildet.

Seite 8

Die Rede von Alterspräsident Jörg Diether Schumacher, die Antrittsrede von Präsident Horst Neugart und das Grußwort der Landesregierung von Annette Schavan kann im vollen Wortlaut im Internet nachgelesen werden unter:

www.elk-wue.de

Von Kirchen wird Orientierung erwartet

Ministerin Annette Schavan begrüßt im Namen der Regierung

Die Synodalen sollten dem Verschwinden der Religion aus dem öffentlichen Leben entgegenwirken. Dazu rief Kultusministerin Annette Schavan im Grußwort der Landesregierung Baden-Württemberg zur konstituierenden Sitzung der Synode auf. Die säkulare Gesellschaft bedürfe der sinnstiftenden Kraft religiöser Sprache, sagte Schavan auf die Rede des Philosophen Jürgen Habermas zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels zurückgreifend. Christen seien gefordert, sich an der Suche nach Orientierung, die „über den Tag hinaus reicht“, zu beteiligen.

Die CDU-Politikerin sagte dies mit besonderem Bezug zur bioethischen Debatte dieser Tage. Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung sei nicht grenzenlos. Kulturelle Vorgaben, die die Unantastbarkeit menschlicher Würde und den Schutz menschlichen Lebens in allen Phasen seiner Entwicklung einfordern, seien nicht je nach Stand der Forschung veränderbar, betonte Schavan. Die Entscheidung des deutschen Bundestages zum Import von embryonalen Stammzellen nannte die Politikerin „enttäuschend“ und bekam dafür den Applaus der Synode. Fälschlicherweise werde der Eindruck erweckt, dass für eine „Ethik des Heilens“ ein anderes „ethisches Fundament“ gelte als für den Schutz des menschlichen Lebens.

In ihrer Rede sprach sich die Kultusministerin ferner für eine Einheit der Konfessionen und einen Dialog der Kulturen aus. Die Kirchen müssten deutlich machen, dass „Verantwortung für die Entwicklung in dieser Welt Verantwortung für weltweite Entwicklung ist“, so Schavan. Es gehe nicht an, dass ausländische Spezialisten ins Land geholt werden und die Bundesregierung gleichzeitig Abstriche bei der Entwicklungshilfe mache. Den Kirchen komme eine besondere Aufgabe zu, am Dialog der Kulturen aktiv mitzuwirken. Denn Frieden der Religionen sei eine Voraussetzung für Frieden in der Welt.

Annette Schavan, die Mitglied im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken ist, erinnerte an die gemeinsame Vorbereitung des ökumenischen Kirchentags 2003 in Berlin.

Dort sollten Christen gemeinsam Zeugnis geben von der christlichen Verantwortung in dieser Zeit und Kultur: „Es muss uns gelingen, in Berlin deutlich zu machen, dass uns mehr verbindet als trennt.“

Annette Schavan dankte für das „Klima des Vertrauens“ zwischen der evangelischen Landeskirche und der Landesregierung.

Landesbischof Gerhard Maier kündigte in seiner Antwort an die Kultusministerin an, dass sich die Landeskirche im Interesse der Würde des Menschen auch künftig in die Debatte um bioethische Fragen einmischen werde. Der Schutz des Lebens sei hier an einer „überaus sensiblen Stelle gefährdet“, sagte Maier. Weitere negative Entwicklungen seien zu befürchten.



Nach geheimer Abstimmung: Wahl ist gültig

Oberkirchenrat soll die Amtshilfe bei der Kirchenwahl präziser regeln

Das Landeskirchenparlament hat die Synodalwahl auf seiner konstituierenden Sitzung für gültig erklärt. Entgegen einem Vorschlag des Ständigen Ausschusses soll die Wahl im Wahlkreis 2 (Cannstatt/Zuffenhausen) nicht wiederholt werden. Die Vorprüfung durch den Ständigen Ausschuss hatte ergeben, dass in zwei Gemeinden dieses Wahlkreises der Gleichbehandlungsgrundsatz ver-

letzt wurde. Doch bei einer Wahlwiederholung sei durch die zu erwartende geringe Wahlbeteiligung eine „noch größere Verzerrung des Wahlergebnisses“ zu erwarten, meinten Sprecher aus den beiden großen Gesprächskreisen „Lebendige Gemeinde“ und „Offene Kirche“. 53 Synodalen stimmten gegen die Wahlwiederholung, 27 Synodale stimmten dafür.

Der Oberkirchenrat hatte wegen zweier Wahleinsprachen im Wahlkreis 2 (Cannstatt/Zuffenhausen) den Ablauf der Kirchenwahl am 11. November vergangenen Jahres überprüft. Dies berichtete der Synodale Gerhard Kraft für den Ständigen Ausschuss. Nach der Verfassung ist der Ständige Ausschuss mit der Vorprüfung der Synodalwahl

beauftragt. Der Ausschuss beantragte in der Synode, die Wahl in diesem Wahlkreis zu wiederholen.

Der erste Wahleinspruch monierte, dass der Vertrauensausschuss im Wahlkreis nicht von der Bezirkssynode, sondern vom Kirchenbezirksausschuss gewählt worden sei. Dieser Wahleinspruch sei zwar zulässig und im Kirchenbezirk Cannstatt ein eindeutiger Verstoß gegen die Wahlordnung, allerdings sei der Vorgang nicht wahlentscheidend, wertete der Ständige Ausschuss. Deshalb hat die Synode dem Wahleinspruch nicht stattgegeben.

Im zweiten Wahleinspruch wurde zum einen die Gestaltung des Wahlscheins und die ungleiche Verteilung von Prospektmaterial in einigen Gemeinden gerügt. Auf dem Wahlschein hätte, so die Beschwerdeführer, der Eindruck entstehen können, durch ein Kreuz bei der Gruppe der Laien würden zwei Stimmen vergeben. Dem widersprach der Ständige Ausschuss, so berichtete Kraft. Allerdings sei in den beiden Kirchengemeinden Stuttgart-Hofen und Stuttgart-Rot die Prospekte der kandidierenden Gruppen nicht gleichmäßig verteilt worden. Deshalb schlage der Ständige Ausschuss der Synode vor: „Die Wahl wird in diesem Wahlkreis für ungültig erklärt.“

Als Sprecher der „Lebendigen Gemeinde“, forderte Volker Teich den Oberkirchenrat auf, für die kommende Wahl Regelungen zu finden, die eindeutiger klären, wie die Gemeinden den Kandidierenden Amtshilfe leisten sollen. In den Stellungnahmen der beiden Gemeinden sei zu erkennen: „Diese Gemeinden haben die Amtshilfe sehr ernst genommen.“ Dass dennoch Fehler unterlaufen seien, „ist bedauerlich“. Sein Gesprächskreis schlage jedoch vor, die Wahl nicht zu wiederholen. Er beantragte, dass über diese Wahleinsprache geheim abgestimmt werde. Auch die Sprecherin der „Offenen Kirche“, Gabriele Bartsch, lehnte eine Wiederholung der Wahl ab. Eine geringe Wahlbeteiligung bringe die Gefahr in sich, „ein unzureichen-

des Abbild des tatsächlichen Willens der wahlberechtigten Kirchenmitglieder abzugeben“. Allein ihr Gesprächskreis habe für diesen Wahlbezirk 150.000 Prospekte zur Verfügung gestellt, wenn davon Tausend nicht ordnungsgemäß verteilt worden seien, ergebe dies weniger als ein Prozent.

Für den Gesprächskreis „Evangelium und Kirche“ forderte der Synodale Traugott Mack eine Wiederholung der Wahl. Die Kandidatin dieses Gesprächskreises, Gertrud Dorn, war mit zehn Stimmen dem Kandidaten der „Lebendigen Gemeinde“, Thomas Watschke, unterlegen. Es sei rechtlich unbestritten, dass die Wahl wiederholt werden müsse. Bei der Abstimmung stehe auf dem Prüfstand, wie die gesetzgebende Versammlung mit dem von ihr gesetzten Recht umgehe. Rechtlich sei geregelt: Die Wahl sei zu wiederholen, wenn der Verstoß „eine konkrete und nach der Lebenserfahrung nicht ganz fern liegende Möglichkeit zur Beeinflussung des Wahlergebnisses zur Folge gehabt haben könnte“. Das sei nach Ansicht seines Gesprächskreises in diesem Fall gegeben.

In der geheimen Abstimmung wurde die Wiederholung der Wahl in diesem einen Wahlkreis von 53 Synodalen mehrheitlich abgelehnt. 27 Synodale stimmten für eine Wiederholung, acht enthielten sich der Stimme.

Gerhard Ruhl brachte für den Gesprächskreis „Offene Kirche“ den Antrag ein, dass der Oberkirchenrat „die Unregelmäßigkeiten der vergangenen Kirchenwahl“ analysieren und der Synode davon berichten solle. Der Oberkirchenrat wurde gebeten, „Maßnahmen zu ergreifen, die die Unregelmäßigkeiten für die nächste Kirchenwahl begrenzen. Über eine mögliche modifizierte Ausführungsverordnung ist in der Synode zu berichten“. Die Synode verwies den Antrag in den Rechtsausschuss. Der Ausschuss werde sich auch Gedanken machen, so Präsident Horst Neugart, was nach den Erfahrungen der Wahl vom 11. November 2001 in der Wahlordnung zu ändern sei.



Christoph Kähler (links), Bischof der Landeskirche in Thüringen, bedankte sich vor der Landessynode für die Jahre der geschwisterlichen Partnerschaft und Hilfe. Einige kupferne Kirchendächer und vergoldete Hähne in Thüringen seien württembergischen Partnergemeinden zu verdanken. Dies sei umso erwähnenswerter, als die Kontakte den Kirchen in der DDR auch in ihrer gesellschaftlichen Situation geholfen hätten: „Wenn es eine sichtbare Ursache für die relative Unabhängigkeit unserer Kirchen in der DDR gegeben hat, dann war es die geschwisterliche Gemeinschaft zwischen den deutschen Kirchen.“ Die Tradition der partnerschaftlichen Hilfe wolle die Thüringer Landeskirche weiterführen, indem sie zusammen mit Württemberg osteuropäische Kirchen unterstützt. Die Slowakisch-Lutherische Kirche habe die Württemberger und die Thüringer Landessynode zu einer Begegnung eingeladen.

Zum Wohl der gesamten Kirche

Landesbischof Gerhard Maier eröffnet die 13. Landessynode

Die Synodalen sollten zum Wohl der gesamten Kirchen zusammenwirken, dazu rief Landesbischof Gerhard Maier die neuen und wiedergewählten Mitglieder des Gremiums in seiner Begrüßungsrede auf.

Die Verfassung der Kirche sei auf Kommunikation aller hin angelegt und dem „Gesamthorizont“ der württembergischen Landeskirche verpflichtet. Maier dankte den Synodalen für ihre Bereitschaft, gesamtkirchliche Verantwortung zu übernehmen. Dass die Synodalen in Urwahl bestimmt worden sind, verschaffe ihnen eine hohe Legitimation, so Maier. Ihr Mandat beziehe sich nicht nur auf den Wahlkreis und dessen spezielle Interessen, sondern auf die Interessen der gesamten Landeskirche. Bevor er der württembergi-

schen Kultusministerin Annette Schavan das Wort übergab, wünschte Maier den Synodalen ein „gutes Gelingen im Vertrauen auf Jesus Christus“. Geistliche Realität und Kraft einer Kirche sei nicht „machbar“, so der Landesbischof. „Aber man kann sie doch wünschen, dafür bereit sein und sie letzten Endes erbitten“. Die erstmalig gewählten Synodalen verpflichtete der Landesbischof auf das Gelöbnis mit Handschlag, die wiedergewählten erinnerte er, dass das schon abgelegte Gelöbnis weiterhin Bestand habe.

Auf Zukunftsfähigkeit überprüfen

Jörg Diether Schumacher warnt vor Polarisierung

Der Alterspräsident der Landessynode, Jörg Diether Schumacher, forderte die Synodalen auf, die Aufgaben dieser Legislaturperiode gemeinsam zu lösen.

Er verwies auf die Barmer Erklärung, in der es heißt: „Die verschiedenen Ämter in der Kirche begründen keine Herrschaft der einen über die anderen, sondern die Ausübung des der ganzen Gemeinde anvertrauten und befohlenen Dienstes.“

Daran sollten sich die Synodalen erinnern, wenn sie die kirchlichen Strukturen und Ämter auf ihre „Zukunftsfähigkeit“ hin überprüfen und – sofern sie dies für nötig halten – neu gestalten.

Die Vertreter der verschiedenen Gesprächskreise sollten die eigenen Meinungen stets der Argumentation der anderen Gruppen

aussetzen, sonst erlügen sie der Gefahr der Polarisierung, sagte Schumacher.

Das Evangelium sei die Grundlage der synodalen Arbeit, was vorläufige und unvollkommene Entscheidungen nicht ausschließe, sagte Schumacher. Die Synodalen sollten auf die aktuellen Herausforderungen reagieren und sich gleichzeitig ihrer Grenzen bewusst sein.

Der 66-jährige ehemalige Rektor sitzt als ältestes Mitglied der Synode auf dem ersten Platz im Plenum, da sich die Sitzordnung gemäß der Geschäftsordnung nach dem Lebensalter richtet.

In Ausschüsse verwiesen

Die ersten Anträge wurden an die Ausschüsse zur weiteren Behandlung verwiesen. Auch die Ausschüsse, die keine Anträge zugewiesen bekamen, seien nicht arbeitslos, erinnerte Präsident Horst Neugart. Alle Ausschüsse müssten im Hinblick auf den Haushaltsplan das jeweilige Budget beraten.

Eine probeweise Veränderung der Geschäftsordnung beantragte Gerhard Ruhl (Vaihingen). In Zukunft sollen Zwischenrufe möglich sein, damit die Debatten lebendiger werden. Der Antrag wurde an den Ältestenrat überwiesen. In einem weiteren Antrag schlug Ruhl vor, Verfassung und Geschäftsordnung zu ändern, damit Mitglieder des Oberkirchenrats nicht mehr zu jedem Tagesordnungspunkt ohne Rücksicht auf die Reihenfolge in der Rednerliste reden könnten. Dies wurde an den Rechtsausschuss verwiesen.

Der Oberkirchenrat soll berichten, welche Konsequenzen die PISA-Studie für die kirchliche Arbeit habe. Dies hat Hans Veit (Leinfelden-Echterdingen) beantragt und wurde von der Synode einstimmig beschlossen. Heinz-Werner Neudorfer (Weil im Schönbuch) beantragte, dass der Theologische Ausschuss sich um eine Handreichung bemühen solle, die in verständlicher Weise den christlichen Glauben darstellt.

Gerhard Kraft (Schwäbisch Hall) beantragte, dass die Zahl der Synodaltage auf zehn begrenzt werde. Außerdem solle die Tagesordnung so zusammengestellt werden, dass vor Beginn der Tagung am gleichen Tag Gesprächskreissitzungen möglich seien und die Synodalen nicht deswegen einen Tag früher anreisen müssten. Der Antrag wurde in den Ältestenrat verwiesen. In einem weiteren Antrag schlug er vor, dass der Ausschuss Bildung und Jugend sich über die Situation der Religionspädagogen kundig mache. Er sieht die Gefahr, dass wegen der zu erwartenden schwierigen personellen Situation im Religionsunterricht dieser zukünftig nicht mehr ordnungsmäßig erteilt werden könne.

Cornelia Brox (Lenningen) bat mit einem Antrag, dass der Oberkirchenrat den Ausschuss Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit über die Situation der Militärseelsorge und die Änderungen des Militärseelsorgevertrags informiere.



Neuer Präsident will Arbeit straffen

Horst Neugart ist mit einer Stimmenthaltung zum Präsident der Landessynode gewählt worden. Er möchte die Arbeit straffen, damit sich wieder mehr Mitglieder aus nicht-kirchlichen Berufen zur Wahl stellen, sagte Neugart in einem Gespräch mit „beraten und beschlossen“. Die Synodalen sollten sich auf die Entscheidungsfindung konzentrieren und die exekutive Arbeit stärker dem Oberkirchenrat überlassen.



Mit „vertrauensbildenden Maßnahmen“ will Neugart die Synode auf die nächste Bischofswahl vorbereiten. „Es ist die Aufgabe des Präsidiums, frühzeitig Weichen zu stellen, dass es nicht wieder zum Eklat kommt. Die Wahl kann nur gelingen, wenn wir in ein vertrauensvolles Gespräch kommen.“ Entscheidend sei, dass „richtig gehört“ werde und Gehörtes richtig weitergegeben werden. Zentrales Thema ist für den Schuldekan aus Heidenheim die Bildung. Der Religionsunterricht biete eine Chance, christliche Werte zu vermitteln und junge Menschen an die Kirche zu binden. Neugart setzt sich für die Entwicklung sozialer Kompetenzen ein. Er beobachtet einen Werteverfall, dem die Kirche entgegentreten müsse. Mehr Menschen sollten christliche Werte zur Grundlage ihrer Entscheidungen machen. Der Kirche komme eine wichtige Aufgabe zu, die in Kindergärten anfangs und bis zur Erwachsenenbildung reiche. In der 12. Synode war er stellvertretender Präsident. 1971 ist er zum ersten Mal in die 8. Landessynode gewählt worden. Außer der 9. Synode gehörte er seither allen Synoden an. Der 62-Jährige gehört dem Gesprächskreis „Lebendige Gemeinde“ an.

Freizeitkabarettist im Präsidium

Gerhard Schubert ist stellvertretender Präsident der Synode. Außerdem gehört der Ditzinger Pfarrer dem Rechtsausschuss an. Die Hauptaufgabe des Präsidiums sieht Schubert darin, jedem Gesprächskreis die Möglichkeit zu geben, die eigenen Standpunkte darzulegen. Der nächsten Bischofswahl sehe er „gespannt“ entgegen. Falls die Wahl wieder zum Problem werde, dürfe man dies nicht dem Präsidium in die Schuhe schieben. Mit dem Wahlgesetz, das die 12. Landessynode nach der letzten Bischofswahl beschlossen hat, sei ein Scheitern vorprogrammiert, so Schubert. Die nach wie vor notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit zwingt zu Absprachen, die das Wahlergebnis fragwürdig machten.

Zwei gute Voraussetzungen bringt er seiner Einschätzung nach für das neue Amt des stellvertretenden Präsidenten mit: Während des Theologiestudiums hat Gerhard Schubert Stiftsforen in Tübingen geleitet und später Vikarskonferenzen. Immer noch schlummere in ihm der „sportliche Ehrgeiz“, auch kontroverse Debatten zu leiten. In seiner Freizeit macht Gerhard Schubert Kabarett. „Mit Humor lassen sich die Dinge manchmal leichter regeln oder zumindest aushalten“, so Schubert, das gelte sicher auch für die Synode. Er gehört zu der ökumenischen Kabarettgruppe „Die Konzilanten.“ Der 53-jährige Theologe, der zum ersten Mal Mitglied in der Synode ist, hat außer im Vikariat und in Pfarramt auch als Mitarbeiter im Ausbildungsreferat im Oberkirchenrat und bei der Aktion „Ohne Rüstung leben“ gearbeitet. Er gehört zum Gesprächskreis „Offene Kirche“.



Mehr Zeit für Sacharbeit

Rotraut Knodel ist stellvertretende Präsidentin und ebenso wie der Präsident Mitglied des Ausschusses Bildung und Jugend. Das letzte Präsidium habe den Eindruck eines Teams gemacht, und sie gehe davon aus, dass die Zusammenarbeit auch in der neuen Besetzung funktioniere, erläuterte sie in einem Gespräch mit „beraten und beschlossen“. Eine Straffung der synodalen Arbeit begrüßt Rotraut Knodel. Theologi-



sche Themen hätten einen zu breiten Raum eingenommen: „Unsere Hauptaufgaben sind der Haushalt, die Gesetze und die Verständigung mit dem Oberkirchenrat.“ Die gemeinsame Ausrichtung müsse nicht vor Beginn jeder Tagung in einem Gottesdienst herbeigeführt werden. Eine gemeinsame Feier im Jahr reiche möglicherweise. Auf diese Weise bliebe mehr Zeit für die Sacharbeit.

Als zentrales Thema betrachtet Rotraut Knodel die Finanzen. Bisher habe man den Rotstift überall „ein bisschen“ angesetzt, damit sei es nun nicht mehr getan. Nicht alle Arbeitsbereiche könnten in der bestehenden Form weiter unterhalten werden. Die Lehrerin weiß, dass der Religionsunterricht immer mehr Bedeutung bekomme: „Die Eltern haben Erwartungen, was die Werteerziehung betrifft und die Vermittlung einer christlichen Grundkultur. Jetzt müssen wir Antworten darauf geben.“ In den Gemeinden müsste Glauben in verschiedenster Couleur gelebt werden können. Sie ist dagegen, dass in Gemeinschaftsgemeinden jeder seinen „Wohlfühlgottesdienst“ bekomme. Die 48-Jährige, die bereits der 12. Synode angehörte, ist Mitglied von „Evangelium und Kirche“.

Mitwirkung bei Stellenbesetzungen

Persönliche Stellvertretung im Landeskirchenausschuss geregelt

Emil Haag (Blaufelden), Gabriele Bartsch (Stuttgart) und Gerhard Kraft (Schwäbisch Hall) sitzen neben Landesbischof Gerhard Maier und dem Präsidenten der Landessynode Horst Neugart im Landeskirchenausschuss. Die Landessynode regelte außerdem, dass jedes Mitglied einen persönlichen Stellvertreter im Landeskirchenausschuss bekommt.

Der Landeskirchenausschuss beruft die Mitglieder des Oberkirchenratskollegiums, und ohne seine Zustimmung kann in der Landeskirche niemand zur Dekanin oder zum Dekan ernannt werden. Genauso wirkt der Landeskirchenausschuss bei der Besetzung wichtiger Stellen in der Landeskirche mit. Der Landeskirchenausschuss beschließt auf Antrag oder nach Anhörung des Oberkirchenrats, der wiederum unter der Dienstaufsicht des Landeskirchenausschusses steht. Bis zum Ende des vergangenen Jahres war der Landeskirchenausschuss auch für Beschwerden gegen Rechts- und Verwaltungsentscheidungen des Oberkirchenrats zuständig. Dafür hat die 12. Landessynode zum Schluss der Legislaturperiode das Kirchliche Verwaltungsgericht eingeführt.

Zum Landeskirchenausschuss gehören der Landesbischof, er wird im Verhinderungsfall vertreten durch den Reutlinger Prälaten, Claus Maier. Der Präsident der Landessynode, der durch sein Amt Mitglied

im Landeskirchenausschuss ist, wird vertreten durch Otto Schaudé (Reutlingen). Drei Mitglieder hat die Synode gewählt: Der Blaufeldener Dekan Emil Haag vertritt den Gesprächskreis „Lebendige Gemeinde“. Seinen Sitz nimmt, wenn er verhindert ist, Werner Schmückle (Stuttgart) wahr. Vom Gesprächskreis „Offene Kirche“ wurde die Geschäftsführerin und frühere Frauenbeauftragte der Landeskirche Gabriele Bartsch gewählt. Sie wird bei Abwesenheit von Christa Schubert (Neuenstadt) vertreten. Der Gesprächskreis „Evangelium und Kirche“ ist durch Schuldekan Gerhard Kraft im Landeskirchenausschuss repräsentiert. Seine Stellvertretung hat Joachim Krüger (Friedrichshafen) übernommen.



Ständiger Ausschuss vertritt Synode

Bei unaufschiebbaren Vorhaben entscheiden 17 Synodale

Wenn die Synode nicht tagt, wird sie von den 17 Mitgliedern im „Ständigen Ausschuss“ vertreten. In diesem Ausschuss können unaufschiebbare Regelungen erlassen werden, die nicht bis zur nächsten ordentlichen Tagung der Landessynode abgewartet werden können. Außerdem nehmen bei wichtigen Verordnungen, die in der Kirchenverfassung beschrieben sind, die Mitglieder stimmberechtigt an Beratungen des Oberkirchenrats teil.

Außer dem Präsidenten der Landessynode, Horst Neugart, und seinen beiden Stellvertretern, Gerhard Schubert und Rotraut Knodel, gehören dem „Ständigen Ausschuss“ folgende Synodale an: Elisabeth Bahret (Haiterbach), Dagmar Brünner (Weil der Stadt), Winfried Dalferth (Reutlingen), Bärbel Danner (Schwenningen), Tabea Dölker (Holzgerlingen), Hartmut Ellinger (Kirchheim), Martin Elsässer (Stuttgart), Traugott Mack (Winnenden), Ellen Oberman (Bernhausen), Dietrich Sachs (Gomadingen), Werner Schmückle (Stuttgart), Inge Schnei-

der (Schwaikheim), Annette Sieber (Steinheim) und Thomas Wingert (Scheer). Außerdem hat die Synode Stellvertreterinnen und Stellvertreter gewählt. Sie werden, sollte eines der Mitglieder verhindert sein, in der Reihenfolge des Wahlvorschlags einberufen: Helmut Mergenthaler (Walheim), Susanne Richter (Weingarten), Jörg Diether Schumacher (Bad Urach), Harald Klingler (Bad Urach), Joachim Stricker (Weinstadt), Horst Krank (Asperg), Otto Schaudé (Reutlingen), Heidi Lesiow (Ulm) und Beate Keller (Süßen).

Ältestenrat und Protokollausschuss

Die Synode wählte einstimmig in den Ältestenrat: Martin Dolde (Stuttgart), Christel Hausding (Langenau), Gerhard Kraft (Schwäbisch Hall), Christa Maier-Johannsen (Weissach), Ulrike Modrack (Trossingen), Manfred Rohloff (Ludwigsburg), Otto Schaudé (Reutlingen) und Inge Schneider (Schwaikheim). Zum Ältestenrat gehören außerdem der Präsident, Horst Neugart, und seine Stellvertreter Gerhard Schubert und Rotraut Knodel. Eva Glock (Heidenheim) und Markus Munzinger (Backnang) werden als Gäste an den Sitzungen des Ältestenrats teilnehmen.

Der Ältestenrat unterstützt den Präsidenten der Landessynode bei der Geschäftsführung. Er stellt gemeinsam mit dem Präsidenten die Tagesordnung auf, bringt Vorschläge für Wahlen ein und berät den Präsidenten bei Aufträgen an die Ausschüsse.

In den Protokollausschuss der Synode wurden Hanna Fuhr (Reutlingen), Sibylle Lehmann (Owen) und Gisela Wohlgenuth (Albstadt) gewählt. Sollte Zweifel am Protokoll der Synode bestehen, entscheidet dieser Ausschuss.

Zu Schriftführern wurden traditionsgemäß die zehn jüngsten Synodalen gewählt: Michael Fritz (Ludwigsburg), Barbara Gehrig (Ludwigsburg), Thomas Watschke (Stuttgart), Markus Munzinger (Backnang), Silke Carella (Esslingen), Regula Schöler (Loßburg), Anne Hettinger (Schorndorf), Annette Sieber (Steinheim), Andreas Schäffer (Schwaigern) und Beate Schlumberger (Göppingen). Jeweils zwei Schriftführer sitzen neben dem Präsidiumsmitglied, das die Plenardebatte leitet. Sie unterstützen bei der Leitung der Sitzung und zählen bei Abstimmungen aus.

Sommertagung 2002

Die nächste Tagung der Württembergischen Evangelischen Landessynode findet vom 4. bis 6. Juli in Stuttgart im Hospitalhof statt. Die Vorankündigung finden Sie wie gewohnt auf der landeskirchlichen Homepage unter www.elk-wue.de

„Was wir als Christen glauben“

Ulrich Mack wurde zum Vorsitzenden des Theologischen Ausschusses gewählt. Der Theologische Ausschuss werde sich in den nächsten sechs Jahren hauptsächlich mit den Themen beschäftigen, die im Oberkirchenrat in Vorbereitung seien, so Ulrich Mack. Das sei gegenwärtig unter anderem die Abendmahlsagende, die Pfarrerausbildung, die einzelnen Projekte der Landeskirche und das Kloster für das Volk. „Viele Themen stehen schon fest, da ist es gar nicht so sehr die Frage, für was mein Herz schlägt.“

Allerdings sei ihm die Frage nach den Grundlagen des christlichen Glaubens besonders wichtig. Bischof Gerhard Maier habe eine Neubesinnung angeregt, „was wir als Christen glauben“. Der Theologische Ausschuss werde sich damit beschäftigen. „Vielleicht ist das die größte Herausforderung, eine theologische Reflexion auf die Grundlagen des Glaubens so in Worte zu fassen, dass sie Laien sprachfähiger mache.“ Im Übrigen, so der Dekan aus Freudenstadt, sei er bemüht, im Ausschuss einen theologischen Grundkonsens zu finden,



„um als evangelische Kirche auch nach Außen erkennbar zu zeigen, was wir sind, was wir glauben und was wir wollen“. Dem Theologischen Ausschuss gehören außerdem an: Elisabeth Bahret, Martin Elsässer, Eva Glock, Gerhard Hennig, Anne Hettinger, Philippus Maier, Markus Munzinger, Heinz-Werner Neudorfer, Manfred Rohloff, Otto Schaudé, Beate Schlumberger, Wolfgang Schöllkopf, Christa Schubert, Sieglinde Stark und Volker Teich.

„Rechtlich saubere und faire Gesetze“

Rainer Müller übernimmt auch in der 13. Landessynode den Vorsitz des Rechtsausschusses. Der Verwaltungsrichter aus Tübingen, der in die Landessynode zugewählt wurde, hat neben seiner juristischen Ausbildung auch ein Theologiestudium absolviert. Vorsitzender des Rechtsausschusses war er



schon in den vergangenen zwei Legislaturperioden. Rainer Müller gehört der Landessynode insgesamt zum vierten Mal an. Die Aufgabe des Rechtsausschusses ist es, die Gesetzgebungstätigkeit der Synode vorzubereiten. Dazu muss der Ausschuss Gesetzesvorschläge des Oberkirchenrats und der Synodalen nach juristischen Gesichtspunkten überarbeiten. Ungefähr dreißig bis vierzig Gesetzesvorhaben prüft der Ausschuss in einer Legislaturperiode. Dafür ist nach Rainer Müllers Auffassung „juristisches Handwerk“ notwendig, denn auch die Gesetze der Kirche müssten allgemeinen juristischen Standards gerecht werden. Der 61-jährige Theologe und Richter hat das persönliche Ziel, „rechtlich sauber“ zu arbeiten, aber auch „gute Gesetze zu machen, die die Interessen der Betroffenen nicht übergehen“. In die Synode zugewählt wurde auch der Rechtsanwalt Dieter Deuschle aus Esslingen, der auch im Rechtsausschuss sitzt. Angekündigt wurde die Nachwahl weiterer zwei Personen mit juristischem Sachverstand. Dem Rechtsausschuss gehören auch noch an: Friedelis Hartmann, Joachim Krüger, Traugott Mack, Andreas Schäffer, Dieter Schenk, Werner Schmückle, Gerhard Schubert, Annette Sieber und Thomas Wingert.

Planungssicherheit gewährleisten

Wiebke Wähling, Dekanin des Kirchenbezirks Zuffenhausen, wurde zur Vorsitzenden des Finanzausschusses gewählt. Aufgabe des Finanzausschusses ist für die Vorsitzende die Aufstellung eines gerechten Haushaltes: „Gerecht heißt für mich, dass wir die Nachhaltigkeit im Auge behalten, denn Entscheidungen, die wir jetzt treffen, betreffen auch die nächste Generation.“ Ein weiteres Ziel sei, für Gemeinden und den landeskirchlichen Etat Planungssicherheit zu gewährleisten. „Es kann nicht sein, dass jedes Jahr das Zittern beginnt.“ Konkret bedeutet dies eine Finanzplanung für zwei bis drei Jahre, bei der ein mittlerer Kurs festgelegt wird, der vom Kirchensteueraufkommen unabhängig ist. „Wir müssen fragen: Worin wollen wir investieren? Was ist nicht mehr möglich?“

Die weltweite Christenheit dürfe nicht aus den Augen verloren werden. „Wir können nicht einfach bei anderen streichen und nur auf die eigenen Gemeinden sehen.“ Innerkirchlich verweist sie auf gut ausgebildete Mitarbeiter: „Bezirke und Gemeinden müssen sich dieses Potenzial zu Nutze machen.“ Die Vorsitzende wünscht sich, dass die Mitglieder des Ausschusses den Mut haben, unangenehme Beratungsergebnisse den Gesprächskreisen zu vermitteln, damit die Ergebnisse gemeinsam getragen werden. Als stellvertretende Vorsitzende wurde Inge Schneider gewählt. Im Ausschuss sind außerdem vertreten: Gabriele Bartsch, Silke Carella, Martin Dolde, Michael Fritz, Emil Haag, Marlies Hinz, Reinhard Kafka, Kurt König, Hans Leitlein, Helmut Mergenthaler,



„In den richtigen Bereichen powern“

Harald Klingler ist der neue Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Jugend. Der Dekan aus Bad Urach ist zum ersten Mal Mitglied der Landessynode. Von 1984 bis 1991 war er leitender Referent des evangelischen Jugendwerkes in Württemberg.



Die Themen des Ausschusses reichen von der Gestaltung der Lehrpläne für den Religionsunterricht über die Begleitung der evangelischen Kindergärten und Schulen, über die Jugendarbeit und den Konfirmandenunterricht bis hin zur Erwachsenenbildung.

„In Zukunft wird mit Sicherheit auch die Frage des muslimischen Religionsunterrichts verstärkt gestellt werden“, vermutet Harald Klingler. Aber zunächst wird sich der Ausschuss seiner Meinung nach vor allem mit der neuen Bildungskonzeption beschäftigen, die zur Zeit im Oberkirchenrat erarbeitet wird. Harald Klingler plädiert dafür, sich auf bestimmte Aufgaben zu konzentrieren und andere abzugeben: „Es macht keinen Sinn, in allen Bereichen nur mit 80 Prozent zu fahren. Besser ist es, in einigen Bereichen richtig zu powern.“

Den stellvertretenden Vorsitz übernimmt Ursula Pfeiffer. Die weiteren Mitglieder des Ausschusses sind: Hanna Fuhr, Barbara Gehrig, Beate Keller, Rotraut Knodel, Gerhard Kraft, Sibylle Lehmann, Immanuel Nau, Horst Neugart, Susanne Richter, Gerhard Ruhl, Regula Schöler, Matthias Treiber, Hans Veit, Thomas Watschke und Friedrich Zimmermann.

Gutes Gesamtpaket schnüren

Hartmut Hühnerbein ist neuer Vorsitzender des Ausschusses Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit. Seiner Meinung nach werde die Finanzfrage auch in der Arbeit dieses Ausschusses ein besonderes Gewicht haben. In jedem Bereich werde es Einsparungen geben, sagte Hühnerbein in einem Gespräch. Es gehe darum, „ein gutes Gesamtpaket“ zu schnüren. Dabei wäre es falsch, aus dem Blickwinkel nur eines Ausschusses zu argumentieren, so der Ausschussvorsitzende weiter. Der Ausschuss Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit werde Themen auch kurzfristiger festlegen, abhängig von aktuellen öffentlichen Diskussionen. Vorab wolle er keine großen inhaltlichen Vorgaben machen. Hühnerbein will darauf hören, was an Themen in der Synode angesprochen wird. Mit den Ausschussmitgliedern will er zunächst die vielfältigen kirchlichen Arbeitsbereiche, für die dieser Ausschuss zuständig ist, durchleuchten. Ethische Fragen werden „Dauerbrenner“ sein, vermutet Hartmut Hühnerbein, der zum ersten Mal Mitglied der Landessynode ist. In der ethischen Debatte misst Hühnerbein dem Thema Bildung besondere Bedeutung bei.

Im Bildungsbereich engagiert sich der Vorstandssprecher des Christlichen Jugenddorfwerks Deutschland (CJD) bereits beruflich. Zur stellvertretenden Vorsitzenden hat der Ausschuss Cornelia Brox gewählt. Dem Ausschuss gehören weiterhin an: Martin Bauch, Dagmar Brüner, Tabea Dölker, Hartmut Häcker, Christel Hausding, Michael Jung, Steffen Kern, Christa Maier-Johannsen, Ulrike Modrack, Ellen Oberman, Wolfgang Schultheiß, Gisela Wohlgemuth.



Thema Arbeitswelt integrieren

Bärbel Danner wurde zur Vorsitzenden des Ausschusses für Diakonie gewählt. Die Aufgabe des Ausschusses sei, zeitnah Entwicklungen aufzugreifen und ethisch zu begleiten. Dies gelte zum Beispiel für neue Arbeitszeitmodelle oder Entwicklungen im Gesundheitsbereich. Die kirchlichen Beobach-



ter dürften dabei nicht außer Acht lassen, dass Kirche selbst Arbeitgeberin sei. „Wir prangern gerne die Missstände in der Wirtschaft an und übersehen Probleme in den eigenen Reihen“, meinte die Pfarrerin aus Schwenningen. Das Verhältnis von Arbeitgeber und Mitarbeiter und die soziale Kompetenz in der Fort- und Weiterbildung müsse daher Thema sein. „Wir müssen ein Ohr in der Arbeitswelt haben und gleichzeitig Kirche als Arbeitgeberin wahrnehmen.“

Vor besonderen Herausforderungen stünden die Pflegedienste der Diakonie. Es sei notwendig, das Besondere des kirchlichen Angebotes zu stärken: „Menschlichkeit muss trotz Preisdruck ein Qualitätskriterium sein.“ Die Vorsitzende möchte Einrichtungen besuchen, Betroffene hören und deren Kompetenzen nutzen. Einen weiteren Schwerpunkt sieht die Theologin im Thema Migration und Zuwanderung: „Als Kirche vertreten wir die Position der Schwächeren und sind für sie Forum, Lobby und Anwältin.“ Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde der Diplomsozialarbeiter Horst Krank gewählt. Zum Ausschuss für Diakonie gehören außerdem: Roland Beck, Ilse Dörschner, Margarete Föll, Horst Haar, Rainer Hinderer, Dorothea Kaupp, Heidi Lesiow, Margarete Mühlbauer, Dietrich Sachs.

Neue Formen der Mission finden

Winfried Dalferth wurde als Vorsitzender des Ausschusses für Mission und Ökumene gewählt. Für den neuen Vorsitzenden hat die Mission Priorität in der kommenden Sitzungsperiode, da ein Drittel der Gesellschaft mit dem christlichen Glauben nicht mehr verbunden sei. Für die Mission müsse nach Ansicht von Dalferth Sachinformation bereit gestellt und die christlichen Botschaft elementarisiert werden. „Mein Traum wäre es, ein Lernprogramm zu entwickeln: Was heißt es eigentlich, evangelisch zu sein.“

Einen zweiten Schwerpunkt stelle die Ökumene dar. Um die Ökumene zu fördern, wünscht sich der Reutlinger Jugendpfarrer eine Stärkung des Arbeitskreises der Christlichen Kirchen, der in der Öffentlichkeit kaum bekannt sei. Außerdem müsse der Ausschuss an der Umsetzung der Charta Oecumenica arbeiten. „Für die Kirchengemeinden muss es sich lohnen, sich mit der Charta Oecumenica zu beschäftigen.“

Ein weiteres Anliegen ist für ihn der Entwicklungsdienst: „Wir dürfen das Zusammenwachsen der Welt nicht den Wirtschaftsunternehmen überlassen.“ Die Kirche müsse im Entwicklungsdienst ethische Standpunkte vertreten und den Dialog mit Religionen und Kulturen suchen, um nicht „isoliert in einer christlichen heiligen Zone“ zu agieren.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde der Kirchheimer Dekan Hartmut Ellinger gewählt. Im Ausschuss für Mission und Ökumene sind außerdem vertreten: Dorothea Brandl, Erwin Damson, Hartmut Fleischmann, Gitta Klein, Margret Maier, Jörg Diether Schumacher, Walter Stern, Annegret Stötzer-Rapp, Joachim Stricker.



Das Richtige richtig tun

Inge Schneider wurde zur Vorsitzenden des Sonderausschusses „Projekt Wirtschaftliches Handeln“ gewählt. „Wir haben oft mit dem Missverständnis zu kämpfen, Wirtschaftlichkeit bedeute Gewinnoptimierung. Wir verstehen darunter aber das Richtige richtig tun“, erläutert die Lehrerin, die zur Zeit Hausfrau ist. Wirtschaftlichkeit drücke sich nicht in Zahlen aus, sondern im auftragsgemäßen Handeln. Es gehe darum, theologische Ziele mit finanziellen Fragen zu verknüpfen. Daher müsse der Ausschuss die Ziele des Projektes „Wirtschaftliches Handeln in der Kirche“ noch transparenter machen und dadurch die Umsetzung des Projektes voranbringen.



Inge Schneider rechnet mit großer Unterstützung der Laien. „Das Priestertum aller Gläubigen kann auf diese Weise besser verwirklicht werden“, stellt die Vorsitzende fest. Für den Kirchengemeinderat bedeute das neue Modell des Rechnungswesens ein Handwerkszeug, das die Leitung der Gemeinde zusammen mit dem Pfarrer oder der Pfarrerin erleichtere. Der Ausschuss müsse aber darauf achten, dass durch das Projekt der Verwaltungsaufwand nicht aufgebläht werde. Der höhere Aufwand, der durch inhaltliche Fragestellungen entstehe, müsse an anderer Stelle ausgeglichen werden. Ziel sei es, den Verwaltungsaufwand zu konzentrieren.

Stellvertretende Vorsitzende ist die Diplom Verwaltungswirtin Ingeborg Raab aus Crailsheim. Außerdem sind im Sonderausschuss vertreten: Marlies Hinz, Michael Jung, Immanuel J. A. Nau, Joachim Stricker.



Synodalarbeit ist für viele auch Präsenz in den unterschiedlichsten Gremien, Kuratorien, Vergabeausschüssen, Beiräten und bei Synodaltagungen anderer Landeskirchen. Bei der konstituierenden Sitzung wurden all diese Plätze durch Wahl bestimmt. Die Synodalen verfolgten konzentriert die vielen Wahlgänge. Mit ihren roten Abstimmungskarten signalisierten sie Zustimmung zu den vom Nominierungsausschuss gemachten Vorschlägen.

Impressum

- Herausgeber: Amt für Information der Evangelischen Landeskirche in
Württemberg
- Redaktion: Astrid Günther
Ralph Lang
Anni Schneider
Silke Stürmer
Christof Vetter (verantwort.)
- Fotos: Rainer Fieselmann
(Seite 1 bis 4, 6 Mitte und rechts,
7 Mitte und links, 8 Mitte und links)
privat (Seite 7 links)
Amt für Information
(Seite 6 links, 8 links)
- Layout, Herstellung: Evangelisches Medienhaus
GmbH, Augustenstraße 124,
70197 Stuttgart
- Druck: J.F. Steinkopf Druck GmbH,
Stuttgart

„beraten und beschlossen“ wird vom Amt für Information nach Tagungen der Landessynode erstellt.

Es ist kostenlos zu beziehen bei:
Evangelisches Medienhaus GmbH
Augustenstraße 124
70197 Stuttgart
Fax (07 11) 2 22 76-81
komm.emh@elk-wue.de
www.elk-wue.de